

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwallauer Zeitung)

Erscheint: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.

Verantwortlicher Schriftsteller
Wibb. Probst, Schierstein.

Anzeigen
Kosten: Die einspaltige Kolonelle
oder deren Raum 16 Pf.
Für auswärts 20 Pf.
Reklamen 60 Pf.

Bezugspreis
monatlich 80 Pf., mit Fragner.
1. Jahrgang 85 Pf. Durch die Post
bezogen v. reichlich 2.55 Mk.
inkl. Bestellgeld.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 12

Dienstag, den 28. Januar 1919.

27. Jahrgang

Gibt es noch Rettung?

Das in jeder Beziehung herbe Geschick uns-
eres Vaterlandes ist so bekannt, in Klagen und sorgen-
vollen Schilderungen von Angehörigen aller ordnungs-
liebenden Schichten der Bevölkerung so oft beleuchtet
worden, daß davon jedermann am liebsten nicht mehr
hören möchte. Sehnüchsig schaut man aber darnach
aus, wann und wie ein Aufbau begonnen
werden kann, nachdem so sehr viel niedergebroschen wor-
den ist. In den Darlegungen von Volkswirten, Lei-
tern großer gewerblicher Betriebe und Arbeiterführern
und bei jeder Aussprache besonnener Leute gelangte und
kommt man immer wieder zu der einen Schlussfolge-
rung: Emsigste Arbeit bei Ruhe und Ordnung
im Lande, sowie nachhaltigste Sparsamkeit allein kön-
nen den Zugang zu irgendwelchem zukünftigen wirt-
schaftlichen Glück wieder andahren.

Dennoch möchte manchen die Hoffnung auf allseitig-
es Ergreifen dieser Mittel, auf Erreichen eines Aus-
weges aus dem Wirrwarr entschwinden, wenn nach dem
schon hereingebrochenen Unheil noch soviel Weiteres im
Trümmer geht, auch von kommenden Lasten so Schwer-
es sich aufbürden will. Am Ende des Bürgerkrieges
mit seinen Schrecken und auch für das Wirtschafts-
leben schlimmen Folgen darf man noch nicht sicher
glauben. Immer wieder ist Ausstand gewerblicher Ar-
beiter zu beklagen, im Ruhrkohlenbergbau dazu gewalt-
samer Eingriff in die Syndikatsleistung und die Tätigkeit
des Bergbauischen Vereins. Der bei nahezu jedweder
Güterherstellung unerlässliche Rohstoff Kohle droht in-
folge dessen noch immer knapper zu werden, was na-
mentlich auch ungünstig auf die Förderungsanstalten
einwirken muß; die ohnehin bereits bestehende sehr
schwere Einschränkung ihres Verkehrs bildet mit einem
Grund für die erheblichen Schwierigkeiten jeglichen Ge-
werbes.

Heer und Flotte.

Änderungen im Heereswesen.

(*) Der Kriegsminister hat einen Erlaß
herausgegeben, über Änderungen im Heereswesen, in dem
es heißt: Der Rat der Volksbeauftragten hat dem
Kriegsminister die Ausübung der Kommandogewalt über-
tragen. Bei allen höheren Verbänden, Truppen und
sonstigen Formationen üben die Führer die Befehls-
gewalt aus und sind für ihre Tätigkeit ihren Vorgeset-
zten und der Reichsregierung verantwortlich. An dem
System der Soldatenräte ist festgehalten worden,
jedoch fällt ihre Mitwirkung bei rein militärischen Be-
fehlen, die sich auf Truppenänderung, Verwundung und
Ausbildung beziehen, weg. Kleine Einheiten, wie Kom-
pagnien und nicht selbständige Bataillone, haben ledig-
lich Vertrauensleute. Ueber Bekleidung und Anzug im
Friedensheer sind neue Bestimmungen gegeben worden,
die den Wegfall aller Knochentücher und Treppen, sowie spä-
terhin auch der Schultertappen vorsehen. Dafür sind
beihilfsmäßige Abzeichen der Dienst-
grade für Offiziere, Beamte und Unteroffiziere am Lin-
ken Armel eingeführt, und zwar beziehen sie auf
dunkelblauen Tuchstreifen, auf welchen Offiziere und Be-
amte die alten Nummern der Knochentücher tragen. Auf
Dienst wird keine Waffe getragen, im Dienst, wie auf
dem Wege zum Dienst ist die Seitenwaffe zu tragen.
Diese ist gleichmäßig für alle, das kurze Infanterieleit-
gewehr, übergeschultert am Kopf. Hier über 25 Jahre
aktiv gedient hat, darf seine alte Waffe als Ehrenwaffe
weitertragen, ebenso dürfen im und außer Dienst im
Kriege erworbene Abzeichen und Orden,
sowie Rettungsmedaillen und Dienstkreuzchen getragen
werden. Nach englischem Muster darf außer Dienst mit
Zustimmung der Vorgesetzten bürgerliche Kleidung ge-
tragen werden. Alle Militärpersonen haben die Kokarde
in Landesfarben am Bruststreifen der Mütze zu tragen.
Es soll keinen einseitigen Grußzwang mehr geben,
sondern die Pflicht für Untergebene und Vorgesetzte, sich
gegenseitig zu grüßen wobei der Jüngere und im Dienst-
grad Niedere dem Älteren zuzuführen muß. Im
Reichsbild größerer Städte, in belebten öffentlichen Räu-
mlichkeiten und innerhalb aller Menschenansammlungen
soll die Grußpflicht ruhen. Der Gruß wird nur noch
durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung
erwiesen.

Der Waffenstillstand.

Austritt des Generals von Winterfeldt.

(b.) In der letzten Vollversammlung in Spaa
kundigte General v. Winterfeldt an, daß er von
seinem Posten als Vorsitzender der deutschen Waffenstill-
stands-Kommission zurücktrete. Den Anlaß gab
eine Mitteilung des Marschalls Joch, welche von Gene-
ral Rubant verlesen wurde. Joch erklärte darin kurz,
daß der Abschnitt östlich von Straßburg,
der Abschnitt der neutralen Zone, der die zur Festung
Straßburg gehörigen, auf badiischem Gebiet liegenden
höchsten Forts umfaßt, jedoch westlich der Bahnlinie
Frankfurt-Basel, auf Grund der Vereinbarungen bei der
letzten Verlängerung des Waffenstillstandsvertrags hin-
nen sechs Tagen, vom 23. Januar, abends 6 Uhr an,
besetzt werden wird General v. Winterfeldt er-
klärte sofort:

Ich habe General Rubant bereits in einer Privat-
unterredung mitgeteilt, daß ich in der Befestigung dieses
Brückenkopfes ein derartiges Zeichen von Misträuen
gegen die Arbeit der Kommission sehen würde, daß ich
an dem Tage, wo ein derartiger Befehl gegeben wer-
den würde, um Ablosung von meinem Posten bitten
würde. Dieser Zeitpunkt ist nunmehr eingetreten.

General Rubant erwiderte:

Ich kenne nicht einen der Gründe, die den Mar-
schall Joch zu seiner Maßnahme bestimmt haben, aber
ich bin nahezu sicher, daß sich diese Maßnahme in sei-
ner Weise auf die Arbeit der Kommission gründet.
Ohne den Schritt des Generals von Winterfeldt einem
Urteil unterziehen zu wollen, muß ich doch sagen —
und zwar rein persönlich — daß ich eine solche Ent-
scheidung bedauern würde. Es freut mich, die vollen-
dete Form der Beziehungen, die zwischen uns ge-
herrscht haben, anerkennen zu können.

Staatssekretär Erzberger hat von Berlin aus
ein Telegramm an den General Winterfeldt ge-
schickt, worin er ihn unter Zustimmung der Reichs-
regierung dringend bittet, sein schweres Amt wei-
terzuführen.

Am 29. Januar werden die Franzosen den Kehler,
b. h. den der Festung Straßburg vorgelagerten
Brückenkopf besetzen. In die Befestigungslinie fallen die
Stadt Kehl und eine Reihe anderer kleiner Ortschaften.
Dagegen wird der badiische Bahnknotenpunkt Kypen-
weiler nicht mehr mit in den Befestigungshalb-
kreis fallen.

Die Rheingrenze.

Die amerikanischen Journalisten, welche Marschall
Joch neulich in Trier empfangen hat, haben lebhaft
Eindrücke von den Erklärungen des obersten Komman-
danten der vereinigten Armeen erhalten. Der Marschall
hat als Soldat mit ihnen gesprochen; er hat daran er-
innert, daß Deutschland in einigen Jahren von
neuem die Alliierten bedrohen könnte, wenn man nicht
alle notwendigen Garantien hätte. Selbst wenn sie ganz
für den Frieden eintraten, ist Frankreich, als
Deutschlands nächster Nachbar, doch zuerst von feind-
lichen Angriffen bedroht. Seine strategische Grenze ist
also in Wirklichkeit die strategische Grenze von England,
Belgien, der Vereinigten Staaten und Italien. Da gibt
es nur ein beinahe unüberwindliches Hindernis gegen
eine Konzentration und ein plötzliches Einbrechen der deut-
schen Armeen in Frankreich. Das ist der Rhein.

Die bedrohte Ostmark.

Der Grenzschutz.

Bei den Grenzschutztruppen herrscht nicht nur Man-
gel an Offizieren, sondern mangelt es an Alexi-
ten. Es ist dringend notwendig, daß sich nicht nur
aktive, sondern auch Sanitätsoffiziere des Verlaubten-
standes zur Verfügung des Grenzschutzes stellen.

Die Regelung der Gebietsfragen.

(b.) Aus Paris wird berichtet: Wilson, sowie
die Premierminister und die Minister des Auswärtigen von
England, Frankreich und Italien und die Vertreter der
japanischen Regierung hielten eine kurze Sitzung ab in
der beschlossen wurde, eine Erklärung zu veröffentlichen,
in der gesagt wird:

Der Friedenskonferenz darf nicht durch Ge-
walttaten vorgegriffen werden.

Die Regierungen, die sich auf der Friedenskon-
ferenz vereinigt haben, bedauern lebhaft, daß mehr-
mals Gewalt angewandt werden mußte, um von Ge-
bieten Besitz zu ergreifen, zu deren rechtmäßigen An-
erkennung die Friedenskonferenz sich äußern soll. Sie
erklären, daß jeder durch Gewalt erworbener Besitzstand
denjenigen, die zu solchen Mitteln greifen, den größ-
ten Schaden bringen wird. Diejenigen, die Gewalt
anwenden, erweisen den Argwohn, daß sie an der
Gerechtigkeit ihrer Ansprüche zweifeln und daß sie den
Besitz an die Stelle des Rechtbeweises setzen wollen.
Das schadet allen Rechtsansprüchen, die sie späterhin
geltend machen könnten. Wenn sie Gerechtigkeit wün-
schen, so müssen sie auf die Anwendung von Gewalt
verzichten und ihre Ansprüche in die Hände der Frie-
denskonferenz übergeben.

Merke! Nachrichten.

Internationale Wasserwege?

(b.) Ueber die Verhandlung zwischen dem Präsi-
denten der schweizerischen Republik und den Delegierten
der Alliierten in Paris über die Internationalisierung
der europäischen Wasserwege schreibt der Pariser Korre-
spondent der „Daily News“: Dies ist für die Schweiz
eine sehr wichtige Sache, da man möglicherweise durch-
gehende internationale Wasserwege von
der Schweiz nach Rotterdam, Mar-
seille und Genua einrichten wird. Die Schweizer
sind an den Fortschritten, die die Deutschen während des
Krieges auf dem Gebiete des Kanalbaues machten, und
auch an den Fortschritten des französischen Kanalsystems
sehr interessiert. Sie wünschen, daß ihnen für die Ver-
nichtung des Rheins Erleichterungen eingeräumt wer-

Wird überhaupt noch die Möglichkeit einer Ret-
tung? Nicht etwa Sozialisierung gewerblicher
Betriebe kann Besserung zeitigen. Hedung des Anteils
am Ertrag der Arbeit kann für die Lauer nur erreicht
werden bei Inbegriffen des Gesamtunternehmens; da-
zu bedarf es wirklich sachkundiger Aufsicht, einseitig-
tollen Handelns zwischen Arbeitgebern und Arbeit-
nehmern, wozu die Arbeitsgemeinschaften geeignet erschei-
nen. Nicht ständiges Mehrfordern, sondern gegebenem-
falls auch opferbereuiger Verzicht auf Teile des Ent-
gelts wird unerlässlich sein, wenn die Höhe der Selbst-
kosten die Wettbewerbsfähigkeit des Werkes zu erhitzen
droht, ja sogar die Arbeit verlustbringend macht.
Die Lösung dieser hier nur ganz flüchtig an-
gezeichneten wirtschafts- und sozialpolitischen Aufgabe ist von
gleichen Vorbedingungen mit abhängig, wie z. B. die
sichere Ausbeutung der mineralischen Schätze und der
Oberfläche des deutschen Erdbodens, sowie aller Natur-
und Menschenkräfte, die uns nach dem Friedensschluß
noch verbleiben werden, desgleichen die Ausnutzung fröh-
licher während des Krieges gemachter Erfindungen
gunsten unserer Volks- und Geldwirtschaft. Dieses
und alles Gute, was wir von unserem 70-Millionen-
Volk und für das, was irgendwie erwarten dürfen, kann
schon durch nur auf dem ersten Willen und Herbeiführen
Rückkehr zu echter Sparsamkeit aufbauen. So mühsam
der wirtschaftliche Wiederaufstieg Deutschlands sein wird;
jedes Einzelglied des deutschen Volkes kann daran mit-
wirken, als zuvor mitarbeiteten.

Den. Die Deutschen haben während des Krieges viel Geld für Kanäle ausgegeben, das mitteleuropäische Kanalsystem sehr verbessert und die Ausfuhr anderer Pläne eingeleitet. Die zukünftige internationale Benutzung solcher Kanäle oder Flußwege ist für die Alliierten von großer Bedeutung. Die zukünftige Herstellung des freien internationalen Transitverkehrs zu Wasser ist eine Frage, die dem Völkerverbund vorbehalten bleiben muß.

Gegen die U-Boote.

In Paris verlauten folgende Einzelheiten über die Pläne wegen des Verbots der Verwendung von U-Booten, die am Samstag in der Vollstreckung behandelt werden. Die Amerikaner machen folgende Vorschläge:

1. Die Verwendung von U-Booten wird unbedingt verboten. 2. Alle bestehenden U-Boote werden vernichtet durch alle Staaten, die dem Völkerverbund als Mitglieder beitreten. 3. Sie verpflichten sich, weitere keine neuen U-Boote zu bauen und alle Staaten auf diesem Gebiet zu unterlassen.

Admiral Benson wird diese Vorschläge ablehnen. Zwar ist die amerikanische Abordnung einig darüber, aber es war bis jetzt keine Gelegenheit, den Plan im internationalen Kriegsrat zu behandeln. Wahrscheinlich wird England einverstanden sein.

Der Luftverkehr.

(b.) In der letzten Zeit sind in der Tagespresse Artikel über Ankündigungen über die Einrichtung bzw. Betriebnahme von Luftverkehrslinien erschienen, die in der Öffentlichkeit zu irrigen Auffassungen führen können. Es wird darauf hingewiesen, daß durch Verordnung vom 26. November 1918, Reichsgesetzblatt 165, Jahrgang 1918 die Zulassung zum Luftverkehr geregelt ist. Danach bedarf jedes Luftverkehrsunternehmens, jeder Flugplatz für seine Zulassung zum Luftverkehr die Genehmigung des Reichsluftamts, Berlin W. 8, Wilhelmstraße 74. Diese Genehmigung wird erst nach Prüfung der für die Sicherheit, Haftpflicht und Zuverlässigkeit der in Betracht kommenden Momente auf jederzeitigen Widerruf erteilt.

Eine große Balkanrepublik?

(b.) Nach Serbien brachten die aus der Schweiz zurückgekehrten Politiker den republikanischen Gedanken. Das Ziel ist die Abschaffung der Monarchie, Sturz der regierenden Dynastien und Vereinigung aller Balkanstaaten zu einer Föderationsrepublik.

Kriegsgefangenen-Post.

(b.) Die Post an Kriegsgefangene Deutsche, die sich in belgischer Hand befinden, ist an die folgende Adresse zu leiten: Corps des prisonniers de guerre, Bulveringham, Flandre Occidentale, Belgien.

Petersburg vor der Vernichtung.

Die Petersburger Zeitung „Nokti Vostok“ berichtet, daß fieberhafte Vorbereitungen für die Räumung Petersburgs getroffen würden. Alle holländischen Einrichtungen würden nach Moskau oder Nowgorod übergeführt, alle Verfassungen und Banken abgeschoben. Die anscheinend zum völligen Untergang verurteilte Stadt solle den letzten Soldaten und freigelassenen Verbrechern zur Plünderung preisgegeben werden.

Sibirien für Japan, was Mexiko für Amerika.

(b.) Die „Times“ meldet aus Tokio: Graf Rehdal hat den Vertretern der einzelnen Parteien des Landtags ein Essen gegeben, wobei er eine Rede hielt, in der er u. a. sagte:

Die japanische Regierung hat noch keine Antwort aus Washington über die jüngst der amerikanischen Regierung vorgelegten japanischen Pläne bezüglich der sibirischen Eisenbahn erhalten, aber zwischen Japan und Amerika ist ein Abkom-

men geschlossen worden, wonach Amerika gemäß dem Abkommen mit der Regierung Kerenskis die Aufsicht über die Linie ausüben soll. Rehdal sagte weiter, daß Ostibirien für Japan dasselbe sei wie Mexiko für Amerika, und daß darum die Linie nicht unter der Aufsicht von Amerika allein gelassen werden könne.

Kleine Meldungen.

Paris. Nach dem Wortlaut des Gesetzentwurfs über das Frauenstimmrecht, das der Kammer vorgelegt werden soll, wird allen Frauen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, das Stimmrecht zuerkannt werden, unter dem Vorbehalt, daß sie verheiratet, verwitwet oder Familienoberhaupt sind.

London. Der Londoner Berichterstatter der „Daily News“ teilt mit, daß die Reeder Hulls großes Interesse dafür zeigen, um sich der Schifffahrt zu bemächtigen, die früher von deutschen Schiffen zwischen Hull und Antwerpen einerseits und Hull und Rotterdam andererseits unterhalten worden war.

Vigo. Es wird berichtet, daß der frühere König Manuel in Portugal eingetroffen ist.

Triest. Nach einer Anweisung sind in Freginfort vier Angestellte der deutschen Gesandtschaft aus unbekannten Gründen von sinnlichen Behörden verhaftet worden.

Haag. Neuter meldet aus London: Jemand, welcher Befehle für das britische Flugprogramm werden vor Ablauf der Friedenskonferenz nicht getroffen werden. Inzwischen wurde Befehl gegeben, den Bau von Torpedobooten und anderen Kriegsschiffen, darunter dem letzten Kreuzer, einzustellen.

Berlin. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Bekanntmachung betreffend die Rückgabe von den in Belgien und Frankreich beschlagnahmten Betriebsanlagen.

Bern. Der „Progres de l'Yvon“ glaubt melden zu können, daß der amerikanische Bericht über die Frage der Bestrafung des Kaisers milder gehalten sei als die Berichte der übrigen Mächte. Gewisse amerikanische Kreise seien der Ansicht, daß die Verbannung auch ohne Bestrafung hart genug wäre. Auch würde die Bestrafung des ehemaligen Kaisers an den Ursachen des Krieges nichts ändern.

Basel. Die „Times“ meldet aus Washington: Der Antrag auf Auslieferung des Kaisers umfaßt auch die Forderung nach Auslieferung von neun namentlich angeführten Mitschuldigen, darunter General Ludendorff, Admiral von Tirpitz, Staatssekretär von Jagow, den deutschen Kronprinzen und General von Falkenhayn.

Zur Tagesgeschichte.

Belgien.

(*) In Brüssel wurde Ingenieur Robert Dewael, der einen Lehrauftrag an der flämischen Universität zu Gent angenommen hatte, zum Tode verurteilt. Das Urteil wird mit einem Anschlag auf die Sicherheit des Staates und mit Hilfeleistung für den Feind begründet.

Deutsches Reich.

Durch die Presse geht die Nachricht, zur Nationalversammlung werde der Rat der Volksbeauftragten in Weimar verlegt. Diese Nachricht ist, wie zuverlässig verlautet, falsch. Der Sitz der Reichsregierung ist und bleibt Berlin. Diejenigen Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten, deren Anwesenheit bei den Verhandlungen in Weimar erforderlich ist, werden sich jeweils dorthin begeben; auf alle Fälle werden aber einige Mitglieder des Rates ständig in Berlin anwesend sein.

Der Staatssekretär des Reichs, Graf Brockdorff-Rantzau, empfing die in Berlin anwesenden Berichterstatter der ausländischen Zeitungen und hielt eine Ansprache, in der er sagte, er habe die Herzen bitten lassen, weil ihm daran liege, persönlich Fräu-

würde ihr Stolz nicht zulassen. Wenn er ihr seine Liebe nicht freiwillig bot, so mußte sie sich scheiden mit dem Gefühl ruhiger Sympathie, das er ihr entgegenbrachte. Auf keinen Fall durfte er merken, was unter seinen Worten in ihrer Seele aufgewacht war. Lieber sterben, als ihm das zeigen. Die Scham würde sie zu Boden drücken, wenn er sie erfuhr, daß sie ihn liebte — anbetete — ja — anbetete, mit der höchsten Liebe, die eine Frau zu geben hat.

Als — niemals konnte sie in ihm nun mehr den Onkel Rainer sehen, nur noch den Mann, dem sie ihre Seele zu eigen gegeben hatte, schon lange, bevor sie es selber wußte.

Sie trat mit einem tiefen Seufzer vom Spiegel fort. Was nützte sie ihre Schönheit? Rainer achtete ihrer ja nicht. Sie strich sich über die Augen und richtete sich stolz auf. Nun hinweg mit diesem Sehnen und Träumen. Klaren Blickes mußte sie um sich sehen — und resignieren.

Langsam verließ sie ihr Zimmer. Sie mußte nun wieder hinübergehen zu dem Vater — und zu dem Verlobten. Sie würden sich sonst über ihr langweiliges Ausbleiben Gedanken machen.

Als sie gleich darauf wieder den grünen Salon betrat, schien sie ruhig und unbewegt. Und zum ersten Mal in ihrem Leben zeigte sie sich gegen den Vater und gegen Graf Ramberg anders, wie sie war. Stolz und ruhig blickten ihre Augen, und ihre Stimme klang klar und unbewegt.

Die beiden Herren hatten inzwischen allerlei Gespräche über die Veröffentlichung der Verlobung und den Termin der Hochzeit geführt. Sie hatten den 10. Juli dafür in Aussicht genommen und fragten Jofa ob sie damit einverstanden sei. Sie bejahte ruhig, trotzdem sie erschrak, daß die Zeit bis dahin so kurz bemessen war.

Graf Rainer gab sich seiner Braut gegenüber mit der feinen, lebenswürdigen Artigkeit, die so beständig bei ihm wirkte, und suchte sie durch harmlose Scherze aufzuheitern. Daß diese Scherze recht unheißt ausfielen, war sein Bestreben. Er wollte Jofa die Unbefangenheit vor allen Dingen wiedergeben. Sie nahm

lang mit ihnen so bald wie möglich zu geröthen, da ihm bei Lage der Dinge keine Möglichkeit gegeben sei, sie in absehbarer Zeit einzeln zu empfangen.

Um die Beamtengehälter den Arbeiterlöhnen, die vielfach selbst die Gehälter der Oberbeamten übersteigen, einigermaßen anzunähern, sollen, wie die „Saalezeitung“ erzählt, die Postbeamten demnächst Zulagen erhalten. Die Entscheidung fällt in den nächsten Tagen. Der Beamtenrat der Eisenbahndirektion Halle lehnt den Gedanken, in einen Streit zu treten, ab, doch will man sich demnächst nach Berlin an das Ministerium wenden, damit die Gehälter der Beamten, die durchschnittlich weit unter den Bezügen der Arbeiter stehen, gebessert werden.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht am 21. Januar 1919 über die Berufung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar.

Die Volkssammlerwahl sind in Preußen und Hessen am letzten Sonntag, soweit es sich bis jetzt übersehen läßt, in Ruhe und Ordnung verlaufen. Die Wahlbeteiligung ist fast überall gegenüber der Wahl zur Nationalversammlung zurückgegangen. Bei einzelnen Parteien macht der Stimmenausfall 5—10 Proz. aus. Da alle Parteien Stimmen eingebüßt haben, ist eine Abwanderung der Stimmen nicht anzunehmen. Viele Wähler, besonders die Frauen haben von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht, in der falschen Annahme, daß die Volkssammlerwahlen minder wichtig sind als die Wahlen zur Nationalversammlung.

Schweiz.

(*) Nach einer Meldung des amerikanischen Pressedienstes aus Washington ist zwischen dem amerikanischen Kriegsanwaltschaftsamt und der englischen, französischen und schweizerischen Regierung ein Vertrag zu Stande gekommen, der der Schweiz für das Jahr 1919 die Lieferung von Lebensmitteln verbietet.

Türkei.

(*) Der britische Pressedienst meldet: Die türkische Regierung ist zurückgetreten. Es wird erwartet, daß Tewfik Pascha ein neues Kabinett bilden wird, in das auch eine große Anzahl Gegner des Komitees für Einheit und Fortschritt aufgenommen werden, einer Partei, die noch immer die Bestrafung des Verführers will, die die Morde an den Armeniern begünstigt haben.

Rückkehr zur Vernunft.

Der politische Umsturz in Deutschland ist im Grunde zu einer Lohnfrage geworden. Durch diese wurde schon vor dem Kriege und wird ebenso noch heute das Volk in feindliche Interessen gespalten. Kampf dem Arbeitgeber, Kampf der Lohnarbeit, Bestreitung von der Arbeitsfront — das war und ist die Lösung. Das Ziel der inneren und äußeren Befreiung des Arbeiters wird aber nicht erreicht, wenn der Geist der Arbeit selbst nicht befreit und gereinigt wird. Der Gedanke, Werte zu schaffen, muß bei dem einsichtigen Arbeiter wieder zu Geltung kommen, er muß sich bewußt werden, daß auch er an seinem Teil mit berufen ist — mag er hinter dem Schraubstock, an der Maschine, an der Flugmaschine oder Lasten tragen — zur Erhöhung menschlicher Kultur und Gerechtigkeit beizutragen.

Von der Durchführung dieser Forderung scheint unsere heutige trübe Zeit fern zu sein. Wir in diesen Wäldern erleben, hatte man noch vor kurzem vielleicht nirgends in der Welt, aber nie und nimmer in dem granitartigen festgefrorenen Deutschland erwartet. Erleben muß wieder ein Geist der Einmütigkeit, des Verbundenseins miteinander, der Wille, zusammenzuhalten zu menschlich fördernder Arbeit. Die Industrie und jegliche Arbeit des Geistes und der Hand bringt Werte hervor, erzeugt Wohlstand, Kultur und

das schenkt hater auf und gab sich den Anseheln, als sei sie durch ihre Verlobung nicht sonderlich aus dem Gleichgewicht gekommen. Und so täuschten sich die beiden Verlobten eine große Herzensruhe vor, die sie beide gar nicht empfanden. Das half ihnen, äußerlich schnell wieder ins Gleichgewicht zu kommen, aber dafür wurden sie im Herzen immer unruhiger.

Die Dinerstunde verlief scheinbar heiter und harmonisch. Als sie vorüber war, wurde der Minister wieder von Geschäften in Anspruch genommen, und Graf Ramberg empfahl sich vorläufig, um nach Balala Ramberg zurückzukehren. Als er sich von Jofa verabschiedete, gingen seine Wünsche plötzlich mit ihm durch. Er zog sie fest in seine Arme und küßte sie auf den Mund, ehe sie daran denken konnte, es ihm zu wehren. Wie erstarbt lag sie einen Moment auf seinem Herzen und hatte aufschreiender nach, als ihre Lippen berührte.

„Er tut es nur aus Pflichtgefühl“, dachte sie. Und ihr Mund gab diesen Ruf nicht nach: Sie dachte ihn, ohne ihn zu erwidern. Und als er sie auf seinen Armen ließ, war sie bleich und sah ihr nicht an. „Ich habe sie erschreckt“, dachte er und machte sich selbst Vorwürfe, daß er sich nicht hatte begreifen können und sich nicht mit einem Handstreich begnügen sollte. Jofa war instinktiv an die Seite ihres Vaters getreten. Als sich Graf Ramberg entfernt hatte, legte der Minister seinen Arm um Jofas Schulter.

„Rein, mein Kind, du scheinst mir so ernst und bedrückt. Hast du Rainer auch freien Herzens dem Jawort gegeben?“ fragte er.

Sie barg ihr Antlitz an seiner Brust. Wie hätte sie sich die Seele freigesprochen. Aber das, was sie empfand, hätte sie nicht einmal ihrer Mutter anvertrauen mögen, dem Vater ganz gewiß nicht.

Er streichelte ihr Haar.

„Das ist der Lauf der Welt, mein Liebes Kind. Ich muß mich darein fügen. Und ich tue es gern. Bei Rainer weiß ich dich in den besten, treuesten Händen. Einen besseren Vatten, als ihn, kannst du niemals finden.“

„Das weiß ich, Papa.“

(Fortsetzung folgt.)

Rote Rosen.

Roman von G. Courths-Mahler.

10) Nachdruck verboten. Und der Gedanke, daß er eine andere heiraten könnte, war ihr so furchtbar, so unerträglich, daß sie meinte, alles andere eher ertragen zu können. Sie fiel wieder in ihren Sessel nieder und faltete die Hände wie im Gebet.

„Vielleicht lernt er doch eines Tages, mich zu lieben — so, wie ich von ihm geliebt sein möchte.“

Diese Hoffnung belebte sie. Aufatmend erhob sie sich und trat vor den Spiegel. Und zum ersten Male sah sie ihr eigenes Spiegelbild mit brennendem Interesse an. Viele hatten ihr gesagt, sie sei schön, seit sie in Gesellschaft geführt worden war. Mancher Mann hatte sie mit heißen, werdenden Augen angesehen. Es hatte sie ruhig gelassen — weil ihr Herz noch schlief. Jetzt war es aufgewacht, und schlug fehnfüchtig Rainer entgegen. Aber er sah in ihr wohl noch das kleine unscheinbare Mädchen, das sie früher gewesen war. Sie wußte, daß sie fast häßlich gewesen war, lang aufgeschossen, ezig und ungraziös. Oft hatte sie von Bekannten gehört, wie vorteilhaft sie sich verändert hatte. Auch Papa hatte neulich gesagt: „Aus meinem häßlichen Jungen Entlein ist unterdessen ein stolzer Schwan geworden.“ Aber Rainer hatte das wohl kaum bemerkt. Für ihn war sie wohl noch immer der reizlose Backfisch mit den ruschigen Hängezöpfen, deren Länge und Stärke er wohl freilich manchmal scherzend bewundert hatte. Kritisch sah sie sich an, von allen Seiten. Und das helle Rot stieg ihr ins Gesicht, als sie dachte: „Ja, ich bin schön, und die Gräfin Solms sagte neulich, eine schöne Frau kann jeden Mann zu ihren Füßen sehen, wenn sie es nur richtig anfängt. Vielleicht gelingt es mir doch, Rainers Liebe zu erringen, wenn ich mich darum mache.“

Wenn ich mich darum mache? Diese Worte wiederholte sie sich, und aus dem Rot ihres Gesichts wurde eine dunkle Glut. Das war die Scham, die in ihr brannte. Sie sollte sich mühen um die Liebe eines Mannes? Nein — nein — tausendmal nein! Das

... es war notwendig, Maßnahmen zu ergreifen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen.

... die Schaffung von Arbeitsplätzen ist eine wichtige Aufgabe der Regierung. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eine solche Maßnahme ist die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Lokales und Provinzielles.

Schierlein, den 28. Januar 1919.

Die Wahl zur preussischen Landesversammlung lieferte hier im Verhältnis daselbe Bild wie die vorhergegangene Wahl zur deutschen Nationalversammlung, nur daß die Zahl der Nichtwähler eine noch größere war, die sich auf alle Parteien ziemlich gleichmäßig verteilte, eine Erscheinung, die auch in anderen Orten und Wahlbezirken zu verzeichnen ist. Es wurden Stimmen abgegeben auf die:

Bei der gestrigen Holzversteigerung wurden Preise bezahlt, die alle bisher dagewesenen in den Schatten stellten. Ein Auktor Brennholz wurde bis zu Mk. 193.—, 100 Wellen bis zu Mk. 80.— bezahlt, trotzdem nur wenige Einwohner zum Kauf zugelassen waren. Die Gesamteinnahme aus der gestrigen Holzversteigerung belief sich auf Mk. 22783.— und zwar: 6763,50 für Kuchholz und 16019,50 für Brennholz.

Der Eogl. Kirchengesangsverein. Nach einer langen Pause beginnen Dienstag, den 28. ds. Mts., abends 7 Uhr, wieder die regelmäßigen Gesangsstunden. Dirigent Reinhardt ist wieder da. Die französische Besatzungsbehörde hat die Genehmigung zur Abhaltung der Gesangsproben erteilt. Wir hoffen, daß alle aktiven Mitglieder vollständig erscheinen. Auch andere stimmbegabten Damen und Herren werden gebeten, sich als Mitglieder anzumelden, um bei den Gesängen mitwirken zu können.

Hinweis. Die in heutiger Nummer enthaltenen Bekanntmachungen der Eisenbahndirektion wird an dieser Stelle noch besonders hingewiesen.

Schwerbeschädigte müssen beschäftigt werden. Eine Regierungsverordnung vom 9. Januar bestimmt, daß alle öffentlichen und privaten Betriebe, Bureaus und Verwaltungen verpflichtet sind, auf je 100 insgesamt vorhandene Beamte, Angestellte und Arbeiter, ohne Unterschied des Geschlechts, mindestens einen Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Für die Landwirtschaft ist das Verhältnis 1:5 festgelegt. Schwerbeschädigte im Sinne dieser Verordnung sind die, denen auf Grund des Mannschaftenverordnungs-Gesetzes vom 21. Mai 1908 wegen einer Dienstbeschädigung eine Militärrente von 50 oder mehr Prozent der vollen Rente zusteht. Die Durchführung der Vorschrift wird vom Demobilisierungskommissar oder von dem mit der Dienstaufsicht betrauten Behörde und der Organisation der Kriegsfürsorgespense überwacht. Schwerbeschädigte dürfen nur nach Anhörung der Arbeitnehmer-Ausschüsse unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen werden. Private Arbeitgeber, die der Verordnung zuwiderhandeln, setzen sich einer Bestrafung bis zu 10 000 Mk. aus.

Verkauf von Lebensmitteln aus den Heeresbeständen. In der letzten Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Lebensmittel aus Heeresbeständen dem freien Handel zugeführt wurden. Ganz abgesehen davon, daß die betreffenden Heeresangehörigen sich strafbar machen, so werden auch die betreffenden Käufer zur Verantwortung gezogen. Le-

bensmittel, auch Markelerendware, welche die Heeresverwaltung nicht benötigt, dürfen nur den mit der öffentlichen Bewirtschaftung beauftragten Stellen (Aristokratie, Reiterungs- und Pflanzenden, Kommunalverbänden usw.) angeboten werden. Soweit diese Stellen nicht ohne Genehmigung zur Übernahme berechtigt sind, haben sie sich an die vorgelegte Dienststellen zu wenden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 27. Jan. (Der Zuverkehr.) Nach Ansicht der Eisenbahndirektion Mainz gilt die angekündigte Beschränkung der Züge nur für das unbesetzte Deutschland; die linke Rheinstseite bleibt zunächst unberührt; die linksrheinischen Schnellzüge bleiben bestehen.

Von der Mosel, 27. Jan. (Die Weinpreise.) Die Nachfrage nach Wein steigerte sich in der neuesten Zeit schnell, besonders von Seiten der Wirte, die regeren Absatz zu verzeichnen haben. Ebenso stiegen die Preise. Oft kommen Verkäufe nicht zustande, weil die Verkäufer zu den gebotenen Preisen nicht abgeben. An der unteren Mosel wurden für die kleineren Gewächse zuerst 1600 bis 1800 Mk. dann 2000—2200 Mk. gezahlt, während gegenwärtig unter 2500 Mk. nichts zu kaufen ist. Die Rieslinggewächse der Berglagen kosteten 3000 Mk., und für noch bessere Sachen wurden Forderungen bis zu 4000 Mk. das Fuder gestellt. In Rüben und Mosellern brachte das Fuder 1918er 3000—3200 Mk. (vorher 2400—2500 Mk.). In der Bernkasteler Gegend werden für kleinere Weine ähnliche Preise erzielt, während mit 1917er Wein kein Geschäft zu verzeichnen war. Auch dieser Jahrgang wird unter 6000 Mk. schwerlich zu haben sein. In Dufemond wurden die Bestände einiger kleinerer Keller an 1918er Brauneberger vor kurzem noch zu 3000 Mk. das Fuder abgesetzt; bald aber legte man 4000 Mk. an. Etwa 60 Fuder wurden zu 3000—4000 Mk. verkauft, in einem Falle sogar 4500 Mk. abboten, ohne daß Zuschlag erteilt wurde. In Filzen gingen 10 Fuder 1918er zu 2000—2800 Mk., in Reften 30 Fuder zu 2200—2600 Mk., in Rinsheim 60 Fuder zu ähnlichen Preisen, in Rüben mehrere Bestände zu 3000 Mk. das Fuder in Riefen 100 Fuder zu 2500—3500 Mk., in Reldenz das Fuder zu 2000—2500 Mk. ab. An der Saar stellte sich das Fuder 1918er im ganzen auf 3000 Mk., 1917er auf 3000 Mk., in Niederleuten 1918er auf 2400 Mk. durchschnittlich. An der Ruwer sind die Preise für 1918er ebenfalls schnell gestiegen; sie betragen schließlich 2500 Mk. für das Fuder und mehr. Für das Fuder 1917er wurden 5000—7000 Mk. geboten, jedoch kein Zuschlag erteilt. An der Luxemburger Mosel brachte das Fuder 1918er 1900 Mk., in Bilsdorf wurden 2000—2200 Mk. geboten.

Kleine Chronik.

Die Gewerkschaft der Angestellten. Aus Essen-Ruhr wird berichtet: Eine öffentliche Vereinbarung, wie zwischen Zechenverband und den technischen Angestellten ist auch jetzt zwischen dem Zechenverband und dem Deutschen Gruben- und Fabrikbeamten-Verband, dem Deutschen Angestellten-Verband und dem Verband kaufmännischer Grubenbeamten abgeschlossen worden. Danach erkennt der Zechenverband auch die gewerkschaftlichen Organisationen der kaufmännischen Angestellten an, für die Mindestgehälter von 120—400 Mark festgesetzt werden, wozu eine Feuerungszulage von 70—80 Prozent tritt. Diese daraus sich ergebende Gehaltssteigerung wurde vom 1. Oktober 1918 an nachgezahlt. Auch alle kaufmännischen Angestellten erhalten eine angemessene Lebensversicherung, deren Prämien die Zechen die Hälfte tragen. Ein gemeinschaftlich aufgestellter Dienstvertrag wird obligatorisch eingeführt werden. Die Frauenarbeit soll künftig abgebaut werden und das Einstellen von Lehrlingen auf ein Mindestmaß beschränkt werden.

Die Erwerbslosenunterstützung. In einer Soldatenversammlung in München erklärte der bayerische Minister Unterrichts, ein Sozialdemokrat, was uns not tut, sei reißende Arbeit in Stadt und Land, nicht aber Erwerbslosenunterstützung allein, die uns den Ruin bringen würde. Eine Münchener Familie habe sich monatlich 1048 Mark Erwerbslosenunterstützung verschafft. Das sei Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Arbeiter.

Flug nach Indien. Reuter meldet aus London: Das Handley-Page-Flugzeug, das kürzlich zum Fluge nach Indien aufgestiegen war, ist glücklich in Indien gelandet.

Gerichtszeitung.

(§) Verspätete Mängelrüge beim Handelskauf. Beim Handelskauf (d. h. wenn der Kauf für beide Vertragsparteien ein Handelsgeschäft ist) muß der Käufer die gekaufte Ware unverzüglich nach der Ablieferung, soweit dies nach ordnungsmäßigem Geschäftsgange tunlich ist, untersuchen und, wenn sich ein Mangel zeigt, dem Verkäufer unverzüglich hiervon Anzeige machen; andernfalls gilt die Ware als genehmigt, es sei denn, daß es sich um einen verborgenen Mangel handelt (§ 377 HGB.). Die Untersuchung der erhaltenen Ware muß aber so schnell als möglich und gründlich sein; nur oberflächliche Untersuchung, bei der ein vorhandener Mangel nicht entdeckt werden kann, genügt nicht, um die nach späterer Erkennung des Mangels erhobene Rüge als rechtzeitig geltend gemacht anzusehen. Dies hat das Reichsgericht am 17. Januar 1910 anerkannt.

Soziales.

Eine Feuerungszulage an Hinterbliebene.

(*) Vor kurzem erhielten die Militärrentenempfänger eine einmalige Feuerungszulage. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen eine solche Feuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der ihnen für Februar zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebühren Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Unterhaltungen und laufenden Unterhaltungen statt des einfachen Monatsbetrages der anderthalbfache Monatsbetrag ausbezahlt wird. An den vorhergehenden Hinter-

bliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterlassen Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw., denen auf Grund des Militärversorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus dem Militärfonds zusteht.

Vermischtes.

Seife aus Braunkohle. Daß die Chemie mit ihrem Zauberstab, der aus dem Steinkohlenteer schon so wunderbare Stoffe und durch ihre Ausnutzung große Industrien geschaffen hat, auch dem Braunkohlenteer noch ganz neue Seiten abzugewinnen vermag, ist in letzter Zeit mehrfach bekundet worden. Dadurch ergeben sich für den deutschen Braunkohlenbergbau ganz neue Möglichkeiten, die hoffentlich recht bald durch einen geordneten Fortschritt in das Licht der Wirklichkeit treten werden. Die wichtigsten Untersuchungen über das aus dem Braunkohlenteer gewonnene Gasöl sind hauptsächlich in Halle ausgeführt worden. Nachdem zunächst große Hoffnungen auf seine Verwendung zur Heizung und besonders als Schmieröl gesetzt worden sind, kommt vornehmlich durch das Verdienst des Professors Harries eine neue Hoffnung hinzu, die besonders nach den Erfahrungen der Kriegsjahre besonders hoch bewertet werden wird. Es hat sich nämlich ergeben, daß sich aus diesem Teeröl eine fettsäure Seife gewinnen läßt, die bisher nur den Nachteil hatte, daß sie sich an der Luft durch Wasseranahme rasch erweichte und verflüchtigte. Auch dieser unlesbaren Eigenschaft, die dem Gebrauch gewisse Grenzen ziehen würde, ist man bald Herr geworden, so daß sich auch Seifen von genügender Beständigkeit herstellen lassen. Wahrscheinlich werden sich auch die Absonderungen der bekannten Seifen, die vornehmlich in Süddeutschland in unerhörten Mengen vorhanden sind, in derselben Richtung auswirken lassen. Die Prüfungen der neuen Seife sind bisher befriedigend ausgefallen, und so darf der Ueberführung des neuen Verfahrens in ein Großgewerbe mit den besten Hoffnungen entgegengesehen werden.

Amtliche Bekanntmachungen.

Sämtliche Bücher, Broschüren und andere Drucksachen, die sich sowohl bei Privatpersonen als auch in Geschäften befinden und in denen ein Abzug, sei er noch so kurz, enthalten ist, der von den Militärs als feindlich betrachtet werden kann, sind bis zum 1. Februar ds. Js. auf der Bürgermeisterei jeder Gemeinde abzuliefern, um dort beschlagnahmt zu werden.

Nach dem Ablieferungstermin werden in den Gemeinden Nachforschungen angestellt und bei Zuwiderhandlungen gegen meine Befehle Strafen festgesetzt.

Jeder Bürgermeister hat mir bis zum 1. Februar d. Js. eine Nachweisung über die bei ihm zur Einlieferung gelangten Bücher einzureichen.

Wiesbaden, den 22. Januar 1919.

Dr. Dr. Colonel Fabre.

Administrateur militaire du Cercle de Wiesbaden (Campagne) Fabre.

Die vorstehend bezeichneten Zeit- und Druckschriften sind bis

Donnerstag, den 30. ds. Mts.

auf Zimmer 7 des Rathauses abzugeben.

Betr. Ausgabe von Personalausweisen.

Die Ausgabe der für Personen über 12 Jahre ausgestellten

Personalausweise

findet am 29. d. Mts. wie folgt im Sitzungssaal statt.

1. Broikartenbesitz von 7½—9 Uhr vorm.
2. " " 9—11 " "
3. " " 1—3 " nachm.
4. " " 3—5 " "

An Personen unter 16 Jahre werden keine Ausweise verabfolgt.

Ablieferung des Nass. Landeskalender.

Die Mitglieder des Lesevereins, welche den Nass. Landeskalender

empfangen haben, werden aufgefordert, dieselben umgehend, längstens bis 30. d. Mts. auf Zimmer 7 und zwar nur vormittags abzuliefern.

Die Kalender sind von der französischen Besatzung beschlagnahmt und hat die Nichtablieferung Bestrafung zur Folge.

Ausgabe von Zuckerzusatzkarten.

Die Zuckerzusatzkarten für die Kinder unter 2 Jahren können am Mittwoch, den 29. Januar, nachmittags von 1—5 Uhr (neue Zeit), auf Zimmer 11 des Rathauses gegen Rückgabe des alten Stammschnittes abgeholt werden.

Als verloren ist gemeldet:

Ein Portemonnaie mit Inhalt.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein einzelner Glöckchenschuh.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierlein, den 28. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Aufforderung.

Bei der verkaufsweisen Austeilung oder Nichtausteilung von **Pferdefleisch oder Pferdefett** an die hiesige Bevölkerung zeigen sich Willkürlichkeiten, die das hier sonst erforderliche Maß und Geduld erschöpfen. Ich beabsichtige, mich sofort an den zuständigen Stellen energisch um Abhilfe und Ordnung zu bemühen. Um jedoch meine Schritte nicht nur mit eigenen Erlebnissen begründen zu müssen, stelle ich allen Benachteiligten anheim bezw. fordere sie auf, mir **unverzüglich** von vorgekommenen Fällen und Zuständen, die sich zur Beschwerde oder Anzeige eignen, mündlich oder schriftlich Kenntnis zu geben. Ich sichere in Fällen, wo es gewünscht wird, strengste Verschwiegenheit zu.

Schierstein a. Rh., den 27. Januar 1919.
Rheinstraße 2.

Dr. Schweizer, Syndikus.

Evgl. Kirchengesangsverein.

Dienstag, den 28. ds. Mts., abends 7 Uhr
(franz. Zeit), Beginn der

Gesangstunden

im „Kaiser Friedrich“.

Die aktiven Mitglieder, Damen und Herren, haben pünktlich und vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Passbilder

liefert in kürzester Frist

Atelier

Fritz Stritter

Biebrich.

94 Rathausstrasse 94.

Aufnahmen an trüben Tagen und abends bei elektr. Licht.

Selbstg. a. Geld i. d. S. 4. jed.
Brock. D. J. Andrae, Biebrich,
Rathausstrasse 11 D. p.

Husten, Atemnot, Beischlämigung

Schreibe allen Leidenden gerne
umso, st. womit ich mich von
meinem schweren Lungenleiden
selbst befreie.

Heinrich Deide, Wackerleben,
Provinz Sachsen.

Auch bei Hautjucken, Flechten,
Krätze, offenen Weinausschlägen
gerne umso, st. Auskunft.
Rückkarte erwünscht.

Wein-Etiketts

In feinsten Ausführung nach
vorliegendem Musterbuch
liefert

Druckerei W. Probst

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den
gangbarsten Männer- und Frauenordnen 1,90 Mark
pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,35 Mark pro Paar
Musterfundament (große Bahnschuh, fortsetzt in den
gangbarsten Größen Herren- und Frauenschuh), zu
75 — Mark franko nur gegen vorherige Einsendung
des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereit-
willige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags.
Um genaue Adresse und für Bahnschuhungen Ansoab der
Güterstation wird gebeten. Garantie für gute Ankunft.
Versand gestaffelt.

Holzschuh-Fabrik Wimbach,
(Rheinpfalz).

Bekanntmachung.

Durch einen neuen Befehl der Interallierten Kom-
mission ist der Güterverkehr mit dem besetzten Gebiet
nunmehr wie folgt geregelt:

I. In das besetzte Gebiet dürfen ohne besondere
Genehmigung und ohne besondere Formalitäten ein-
geführt werden:

a. Die für die Ernährung der Zivilbevölkerung not-
wendigen Transporte: Lebensmittel einschl. Getreide,
Futtermittel und Saatgut aller Art,

b. alle Rohstoffe, die für die Industrie unent-
behrlich sind einschl. Brennstoffe aller Art,

c. sämtliche bearbeitete Artikel, die die Industrie
nöthig hat.

II. Mit besonderer Genehmigung können in
das besetzte Gebiet eingeführt werden, die Artikel,
die nicht unter die Erzeugnisse unter I c. fallen, die aber
für das Wirtschaftsleben der besetzten Gebiete als un-
entbehrlich anzusehen werden müssen.

III. Die Ausfuhr von Gütern aus dem besetzten
Gebiet (linkes Rheinufer und Brückenköpfe) nach dem
unbesetzten Gebiet ist weiter grundsätzlich untersagt.

In Ausnahmefällen kann unter nachstehenden Be-
dingungen die Ausfuhr gewisser Fabrikate genehmigt
werden:

a. die Sendungen haben sich streng auf die
Tagesproduktion der Fabriken zu beschränken und
dürfen die Vorräte, die am 15. Januar vorhanden
waren, nicht überschreiten.

b. Die Ausfuhrerlaubnis kann im Prinzip für
folgende Stoffe und Fabrikate nicht gewährt werden:

Rohlen und Brennstoffe: besondere Regelung.

Eisenhüttenzeugnisse,

Bleche, Träger, Schienen,

Großprofilröhren und Winkelisen,

Handelseisen,

Rohre,

Drahl,

Spezialstähle.

Verschiedene Metalle

Zinn, Blei, Aluminium, Kupfer.

Maschinentechnische Erzeugnisse

Motoren verschiedener Art, Lokomotiven, Eisen-
bahnwagen,

Werkzeugmaschinen,

Elektrische Apparate,

Weblöcher und Spinnerelmaschinen.

Zemente,

Flüssiggas und Oberflächengas.

Ziegel (nicht Mauerziegel),

Feuerfeste Erzeugnisse.

Zugschmittene Bauhölzer,

Zugschmittene Grubenbölder,

Zugschmittene Hölzer für Eisenbahnzwecke,

Leder,

Felle und Häute,

Zucker,

Chemische Erzeugnisse,

Farbstoffe (nicht die pharmazeutischen Waren)

Papiere.

Die Anträge auf Genehmigung zur Ein- und
Ausfuhr sind an die Wirtschaftsabteilung der Besatzungs-
armee (Service, Economiques Interallies de la Reme
Armee) zu richten, welche Stelle auch darüber entscheidet,
oder wenn es sich um die Ausfuhr von Stoffen oder
Gegenständen handelt, sie an das Interalliierte Wirt-
schaftskomitee in Luxemburg weiterleitet.

Die Gesuche sind in 4 Ausfertigungen einzureichen,
wovon eine dem Antragsteller nach Genehmigung zurück-
gegeben wird. Die selbsterbige Verantwortung durch den
Ortskommandanten ist nicht mehr erforderlich.

Die Gesuche müssen folgende Angaben enthalten.

1. Name und Adresse des Versenders.

2. Bezeichnung der Ware.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß am Sonntag, den 26.
Januar, 2 Uhr mittags, unsere liebe Mutter, Großmutter, Urgroß-
mutter, Schwiegermutter, Schwägerin und Tante

Frau Christiane Thiele

geb. Wallrabenstein

sanft entschlafen ist.

Die Hinterbliebenen.

Schierstein, den 27. Januar 1918.

Die Beerdigung findet am Mittwochnachmittag 2 Uhr
(frz. Zeit) von der Leichenhalle aus statt.

3. Anzahl der Stücke und ungefähres Gewicht
4. Versandbahnhof.
5. Empfangsbahnhof.
6. Kurze Begründung.
7. Entscheidung der Wirt-
schaftsabteilung.
8. Tag dieser Entscheidung.
9. Nr. des Eintrags dieser
Entscheidung.
10. Datum und Unterschrift des Antragstellers.

Antragsformulare können bei der Druckerei D.
Schneider in Mainz bezogen werden.

Von der erfolgten Genehmigung werden die
Antragsteller auch durch die Eisenbahndirektion beson-
der benachrichtigt. Diese Benachrichtigungsschreiben
grüner Farbe für die Einfuhr, in roter Farbe für
Ausfuhr sind mit den Frachtbriefen bei Aufgabe
Sendungen vorzulegen.

IV. Der Güterverkehr des besetzten Gebietes
dem Ausland mit Elsass-Lothringen und Luxemburg
nur auf Grund besonderer Genehmigung zulässig.
Die Verbündeten oder neutralen Länder erteilt das In-
teralliierte Wirtschaftskomitee in Luxemburg Erlaub-
nisse, wobei die Anfrage an die Wirtschaftsabteilung der
Armee zu richten ist, für Elsass-Lothringen das Comité
Dérogations in Strasbourg.

Rohlen, Grubenbölder und überhaupt alle Sendun-
gen an Bergwerken in Elsass-Lothringen und Luxemburg
werden ohne besondere Genehmigung zugelassen.

V. Der Durchgangsverkehr aus dem nichtbesetzten
Gebiet durch das besetzte Gebiet nach dem nichtbesetzten
Gebiet bleibt weiter für Lebensmittel, Rohstoffe und
Materialsendungen, jedoch nur in ganzen Zügen
statte.

Mainz, den 25. Januar 1919.

Eisenbahndirektion

Fahrplanänderung.

Vom 24. Januar d. Js. ab werden die Fahr-
ten zwischen Bingerbrück und Saarbrücken verkehren
Personenzüge 2301/2308 auf der Strecke Bingerbrück
Bad Münstler a. St. wie folgt geändert:

Pz. 2308		Pz. 2301
757 nachm. ab	Bingerbrück	an 1200 nachm.
803 "	Münstler bei Brück	" 1155 "
810 "	Laubenheim (Nahe)	" 1145 "
816 "	Vangenlohnheim	" 1143 "
823 "	Brehenheim (Nahe)	" 1136 "
841 "	Bad Kreuznach	" 1127 "
849 "	Bad Münstler a. St.	" 1111 "

und weiter wie bisher.

Auf der Strecke Koblenz-Bingerbrück ver-
kehren die folgenden Abfahrtszeiten:

Pz. 1364 mit folgenden Abfahrtszeiten:
Koblenz Hbf. 607. Kappelstein-Stolzenfels 616. Bie-
ben 623. Spay 630. Boppard 641. Sülz 650. Birkenach
St. Goar 708. Oberwesel 719. Bacharach 729. Bie-
ben 739. Trechtingshausen 744. Bingerbrück
und weiter wie bisher.

Mainz, den 24. Januar 1919.

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 22. Januar 1919 durch die In-
teralliierte Kommission der Reichsbahnen der Rhein-
land-Pfalz.

Schulranzen

Größte Auswahl.

Billigste Preise

offert als Spezialität

A. Letschert Wiesbaden, Faulbrunnstrasse